

Die Spannung aufrecht erhalten- Positionspapier zur genossenschaftlichen Energiepolitik in Baden- Württemberg

Eine nachhaltige Energieversorgung, bei der auch erneuerbare Energien eine wichtige Rolle spielen, muss wirtschaftliche, soziale und ökologische Zielbestrebungen unserer Gesellschaft verbinden.

Energiegenossenschaften haben in den letzten Jahren einen wesentlichen Beitrag hierzu geleistet. Mehr als 25.000 Menschen sind in Baden-Württemberg mittlerweile in einer Energiegenossenschaft engagiert. Deutschlandweit sind mehr als 200.000 Bürgerinnen und Bürger Mitglied einer von 800 Energiegenossenschaften. Die wirtschaftliche Bedeutung der Energiegenossenschaften wirkt sich dabei besonders in einer weitreichenden regionalen Wertschöpfungskette aus. Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband vertritt die Interessen der 149 Energiegenossenschaften in Baden-Württemberg und setzt sich dabei branchen- und technologieübergreifend für eine dezentrale, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung in Baden-Württemberg ein.

Für den Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V. stehen vier zentrale Punkte bei der weiteren politischen Zielformulierung im Energiebereich im Mittelpunkt:

- 1. Regionale Energieversorgungsmärkte stärken**
- 2. Konzepte für BioGas-Anlagen und Nahwärmenetze gestalten**
- 3. Bürgerbeteiligung fördern**
- 4. Ausschreibungen überarbeiten**

1) Regionale Märkte stärken

Für Baden-Württemberg ist seine sichere Versorgung und Unabhängigkeit durch Dezentralität in Sachen Energie ein grundlegendes Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung und Zukunftsfähigkeit. **Regionale Energiemärkte** sind daher wichtig, um den regionalen Ausbau der Erneuerbaren Energien zu fördern. Hierzu gehören neben Grassroot-Initiativen auch Initiativen von Unternehmen, die ihre Energieversorgung über „Belegschafts-genossenschaften“ und damit eine partizipative und wirtschaftliche Beteiligung organisieren. Der mögliche Ausbau großer und starker Übertragungsnetze, um Offshore-Wind in den Süden zu transportieren, darf nicht das einzige Standbein sein, auf das sich Baden-Württemberg bei seiner Energieversorgung verlässt. Ganzheitliche und regionale Erzeugungs-, Verbrauch- und Vermarktungskonzepte sind hierfür unabdingbar. Auch im Interesse der Netzstabilität sollten Anlagen zur Erzeugung von Strom aus fluktuierenden Erneuerbaren Energien so ausgelegt sein, dass möglichst viel Strom lokal verbraucht wird. Blockheizkraftwerke, die Strom bedarfsgerecht bereitstellen, Photovoltaikanlagen, welche nach Osten und Westen ausgerichtet den Strom über den Tag verteilt erzeugen, sowie Speicher, die Erzeugungsspitzen kappen und im Bedarfsfall zur Verfügung stellen, gehören dazu. Hierfür sind Konzepte notwendig, die lokale Erzeugung, Verbrauch und Verkauf von Strom und die genossenschaftliche Mitgliederversorgung ermöglichen.

Konkrete Forderungen zur Stärkung der regionalen Märkte:

- **Unternehmen bei der Umsetzung der Energiewende stärken** – auch bzgl. der genossenschaftlichen Mitarbeiterbindung
- **Gleichbehandlung von Anlagen zur Erzeugung von Eigenstrom**, unabhängig vom Betreiber- und Eigentümerstatus der Anlage, da die Eigenstrom- und Mitgliederversorgung durch Genossenschaften ein wichtiges Standbein ist

- **Ganzheitliche gesetzgeberische Lösungen zur Energiewende, die wirtschaftliche Refinanzierung von Erneuerbaren-Energien-Projekten durch Energiegenossenschaften nach Marktbedingungen ermöglichen**
- **Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit von KWK-Anlagen, um die genossenschaftliche Energiewende auch im urbanen Raum zu stärken.**

2) Zukunftsfähige Konzepte für genossenschaftliche Nahwärmenetze gestalten

Die Wärmeerzeugung über genossenschaftliche Nahwärmekonzepte ist ökonomisch, ökologisch und sozial sinnvoller als die gemeinsame Erzeugung und Verteilung von Wärme über genossenschaftliche Nahwärmenetze. Dabei stehen regionale Ressourcen wie Holz, Biomasse oder Abwärme im Vordergrund. Landesweit liegt nach wie vor ein **Großteil des Potentials an Nahwärmenetzen im Umkreis von BioGas-Anlagen brach**. Der Grund sind die fehlenden Konzepte zum Weiterbetrieb von BioGas-Anlagen nach der Förderung durch die Einspeisevergütung. Aus diesem Grund bedarf es zwingend sinnvoller Konzepte zum Weiterbetrieb von BioGas-Anlagen, wobei das Potential der Anlagen zur flexiblen Erzeugung von Strom als Ausgleich zu den fluktuierenden Erneuerbaren Energien genutzt werden muss. Nur so können langfristig zuverlässige und sinnvolle genossenschaftliche Nahwärmekonzepte zur Förderung der regionalen Wertschöpfung, dem Klimaschutz und der Energieunabhängigkeit beitragen.

Konkret fordern wir deshalb für Biogasanlagen, die vor 2012 in Betrieb genommen wurden:

- eine **Verlängerung der Vergütungsdauer um weitere 10 Jahre**, wenn sie flexible Kapazitäten aufbauen und daraus Regelenergie liefern oder ihren Strom bedarfsgerecht einspeisen und
- gleichzeitig weitere Nachhaltigkeitskriterien wie einen **Mindestnutzungsgrad von 60% der Abwärme** erfüllen. So können auch ältere BioGas-Anlagen in genossenschaftliche Nahwärmekonzepte einbezogen werden.

3) (Genossenschaftliche) Bürgerbeteiligung fördern

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie auf einer breiten gesellschaftlichen Basis steht. Die Akzeptanz von Energie-Projekten hängt unweigerlich mit der Beteiligung der lokalen Bevölkerung zusammen. Profitiert diese von den Anlagen in ihrer Umgebung, ist selbst daran beteiligt und kann mitbestimmen, stoßen Erneuerbare-Energien-Anlagen auf eine hohe Akzeptanz. Dies trifft insbesondere auf die Windkraft zu. Bei der Vergabe von Staatsflächen für Windenergieprojekte wurde dies nur geringfügig berücksichtigt. Die lokale Beteiligung der Bevölkerung fließt nur marginal in die Vergabekriterien ein.

Konkrete Forderungen für eine bessere Bürgerbeteiligung sind daher:

- Die Bewertung des Wertes der zu vergebenden Landesflächen für Windenergie nach **Gutachten, nicht nach Ausschreibungen**
- Die Vergabe nach Kriterien der (genossenschaftlichen) **Bürgerbeteiligung**, der regionalen Wertschöpfung und der Akzeptanz in der Region

4) Ausschreibungen überarbeiten

Wettbewerb kann und muss nicht über politisch gelenkte Ausschreibungsverfahren stattfinden. Eine freie Wirtschaft benötigt keine verpflichtenden Vermarktungswege, sondern die Freiheit des Handels und den freien Verkauf von Energie.

Unsere Forderung für die Konzeption des Strommarkts ist daher:

- Die **Ermöglichung regionaler und genossenschaftlicher Vermarktungskonzepte** sowie die **Vermarktung von Grünstrom**
- Administrative Festlegung der Förderhöhe für Strom aus Erneuerbaren-Energien als Marktanreizmethode mindestens bis zur De-Minimis-Grenze der Beihilfeleitlinien
- **Keine automatische Übertragung der Ausschreibungsversuche bei PV-Freiflächenanlagen auf andere Technologien**
- Gesonderte Ausschreibungen für Kleinunternehmen und kleine Anlagen zur Wahrung der Akteursvielfalt.

Kontakt:

Anja Roth

Bereichsleiterin Interessenvertretung

Fon 0711 222 13-27 25

Fax 0711 222 13-29 79 33

anja.roth@bwgv-info.de

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Interessenvertretung

Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart

Nico Storz

Berater für Bürgerenergieprojekte

Fon: 0721 61 90 77 -2638

nico.storz@bwgv-info.de

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Beratung Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften

Lauterbergstraße 1

76137 Karlsruhe

www.bwgv-info.de